Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM.; bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag-16 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Ausgeber und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anz.-nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 257 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 4. November 1930

Am Beobachtungsstand.

Ein Verbrechen ist es doch wirklich nicht, wenn Deutschland und seine Regierung nicht gerade übermäßig zufrieden sind mit der Lage, in der sich das deutsche Volk zurzeit befindet. Ein Verbrechen ist's auch nicht, wenn die Reichsregierung „mit allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln versucht, im Sinne einer Änderung zu wirken, solange der unnatürliche Zustand andauert, der vor mehr als zehn Jahren in Ausnutzung des durch den Krieg geschaffenen Kräfteverhältnisses zustandegekommen ist". So erklärte der Deutsche Reichskanzler einem französischen Journalisten gegenüber und adressierte dies an Frankreichs Ministerpräsidenten. Ziel der deutschen Außenpolitik ist und bleibt die volle Wiedererringung der ungeschmälerten Souveränität, einer wirklichen Gleichberechtigung, nicht zuletzt in der Frage unserer Sicherheit im Umkreis schwer bewaffneter Staaten. Auch uns gegenüber sollte man die Verpflichtungen innehalten, die in „feierlich unterzeichneten Verträgen" niedergelegt sind, weil man sonst auf der Gegenseite selbst deren „Unberührbarkeit" in Gefahr bringe. Fast als Verbrechen aber wird uns namentlich von Frankreich auch vorgeworfen, daß wir nicht „dankbar" genug seien für die „vorzeitige" Rheinlandräumung und für die „Erleichterungen" des Young-Plans; nun, für jene haben wir genug bezahlt durch weitgehende Zugeständnisse, und diese sind recht schnell illusorisch gemacht worden durch die Stürme der Wirtschafts- und Finanzkrise, von der Frankreich unberührt blieb. Dr. Brüning betont aber, daß jenes Ziel der deutschen Außenpolitik erstrebt wird auf dem bisher verfolgten Wege, wobei nach wie vor grundsätzlich an die loyale Durchführung der internationalen Verträge festgehalten wird, entsprechend der „gemeinsamen Ansicht der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes". Man darf diese Erklärung wohl auffassen als dem Rückblick auf die Vorgänge im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages entstammend. Handlungsfreiheit im Rahmen dieser „internationalen Verträge", und zwar ebenso eine politische wie eine wirtschaftlich-finanzielle, sich vorzubehalten, ist nicht nur ein Recht Deutschlands, sondern ist jetzt zur Pflicht einer verantwortungsbewußten deutschen Regierung geworden.

Packt uns doch auch die Natur selbst noch zu den bisher schon auferlegten neue Lasten auf die schmerzenden Schultern. Die Hochwasserkatastrophe mit ihren furchtbaren Überschwemmungen verlangt ja vom Reich und von den dadurch betroffenen Ländern erhebliche Opfer und außerdem ist gerade eine preußische Provinz betroffen, der es wirtschaftlich an sich schon sehr schlecht geht: Schlesien, dessen Wirtschaftsleben eben durch jene „internationalen Verträge" — Grenzziehung im Osten, Verlust des reicheren Teils Oberschlesiens — aufs schwerste geschädigt worden ist. Natürlich wäre es naheliegend, ähnlichen Katastrophen durch einen umfangreichen Ausbau wasserwirtschaftlicher Vorsichtsmaßnahmen möglichst vorzubeugen; dadurch wirtschaftliche Werte nicht bloß zu schützen, sondern auch etwa durch Schaffung von Talsperren neue derartige Werte zu gewinnen. Und schließlich: durch Inangriffnahme solcher Arbeiten die Last der Erwerbslosigkeit zu mildern. Das sind alles Vorschläge, die nur Selbstverständliches empfehlen, denen man aber angesichts der allgemeinen Finanzlage vorerst nur mit einem ziemlich hilflosen Achselzucken antworten muß. Genügen kann diese Art von Antwort freilich nicht und man sollte es wenigstens versuchen, ob sich dem Willen nicht doch ein wenn auch schmaler und langsam zum Ziel führender Weg öffnet. Wenn die Millionen, die jetzt zur Abgeltung der entstandenen Schäden hergegeben werden müssen, schon nach den früheren großen Überschwemmungen — als es uns finanziell sehr viel besser ging — eingesetzt worden wären, dann hätte jetzt mancher Schaden vermieden, manche Million gespart werden können. Es wäre z. B. eine sehr dankbare Aufgabe für die „Internationale Bank", uns durch einen ordentlichen Kredit — aus den Geldern, die wir nach Basel zahlen müssen — auch einmal zu helfen.

Versuchen wir doch jetzt selbst mit aller Kraft, uns aus dem Sumpf unserer staatlichen Finanzmisere unter gewaltigen Opfern herauszuziehen. Im Reichsrat beginnt die Beratung der 30 Gesetzentwürfe über die Steuer- und Finanzreform, die der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Steuerzahler kaum eine Entlastung, aber wenigstens Ordnung in den Haushalt der öffentlichen Gewalten bringen soll. Die Eröffnung der Beratungen des Reichsrats geschieht in sozusagen feierlicher Form durch besondere Einführungsreden des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers, und das nicht ohne eine gewisse Berechtigung. Denn seit den großen Steuer-, Finanz- und sonstigen Reformen des Jahres 1925 sind derart umfangreiche und tiefgreifende Vorschläge nicht vor die gesetzgebenden Körperschaften gelangt, wenn freilich auch hier noch manches erst leise Klänge einer fröhlicheren Zukunftsmusik sein können. Doch offenbart sich hier wieder einmal der Wille, einen Weg aus unseren Bedrängnissen heraus zu finden und gleichzeitig auch dem Ausland zu zeigen, daß Deutschland seinerseits alles tut, um, soviel an ihm selbst liegt, die finanziellen Hindernisse für eine Wiedergesundung seiner Wirtschaft aus dem Wege zu räumen.

Des Reichskanzlers Worte an Frankreich

Brüning für gleiches Recht.

Kampf für Revision wird fortgesetzt.

Reichskanzler Brüning hat dem Berliner Vertreter des offiziösen Pariser Blattes „Petit Parisien" eine Unterredung gewährt und dabei eine Reihe bedeutsamer Erklärungen gegeben, in denen die leitenden Richtlinien der deutschen Außenpolitik zum Ausdruck kommen. Brüning betonte die Friedensliebe Deutschlands, lehnt jede Abenteurerunternehmung ab, weist dann aber mit Entschiedenheit auf das Ziel hin, das Deutschland zu suchen hat — die Erringung der vollen nationalen Freiheit und Gleichberechtigung. Heute noch sind die Fragen, deren Lösung beim Friedenschluß von Versailles feierlich versprochen wurde, zum großen Teile auf dem gleichen Stand wie damals. Mit allen ihm zu Gebote stehenden friedlichen Mitteln wird Deutschland auch fernerhin auf eine Änderung der bestehenden unnatürlichen Zustände hinwirken, deren Aufrechterhaltung seine Wirtschaft und seine Zahlungsfähigkeit in Frage stellen. Alle Staaten, sagte Brüning, haben Anspruch auf gleiche Sicherheit, die in Frankreich so oft betont wird. Man darf nicht aus irgendwelchen Gründen mit verschiedenen Maßen messen.

„Wenn gerade in der letzten Zeit ein gewisser Rückschritt in der Entwicklung des gegenseitigen Verhältnisses eingetreten zu sein scheint, führte der Kanzler aus, so ist das wohl mit darauf zurückzuführen, daß verschiedene innenpolitische Vorgänge und Ereignisse eine Beurteilung und Wertung in Frankreich gefunden haben, die nur in einem völligen Mißverständnis der eigentlichen Ursachen und Zusammenhänge ihre Erklärung finden kann.

Nicht Haß und Kriegsdrohung sind aus den Wahlurnen des 14. September hervorgegangen, sondern der Ausdruck eines tiefbedrückten und doch starken Volkes, das um seine nationale Zukunft ringt. Die Stimmen, die wir aus Frankreich hören, bringen fast übereinstimmend eine Enttäuschung zum Ausdruck, daß die Konzession, die Frankreich durch Erleichterung der Reparationen und durch vorzeitige Räumung gemacht zu haben glaubte, in Deutschland nicht genügend gewürdigt würden. Darin liege eine Verkennung der möglichen Auswirkungen dieser vereinbarten Maßnahmen.

Frankreich übersah die Schwere der deutschen Wirtschaftsnot, die alle eingetretenen Zahlungserleichterungen weit überwog, und verstand daher nicht, daß die Minderung der Reparationslasten nicht die erwartete wirtschaftliche und politische Entspannung brachte. Ein halbes Jahr nach dem Inkrafttreten des

Young-Planes

sind bereits allerorts Diskussionen über die Möglichkeit seiner Durchführung entstanden. Frankreich als Hauptgläubiger muß einsehen, daß keine deutsche Regierung ihrem Volke eine Milliardenschuld, die in ihrer Gesamtheit immer wieder als drückend empfunden wird, durch die an sich begrüßenswerte Ermäßigung um einige 100 Millionen tragbarer erscheinen lassen kann.

Wenn gleichzeitig die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise dazu zwingt, mehrere Milliarden neuer Steuern und Lasten aufzuerlegen, ist es selbstverständlich, daß jede deutsche Regierung sich alle vertragsgemäß zur Abwehr von Gefahren für Wirtschaft und Währung zur Verfügung stehenden Maßnahmen offen halten muß, für den Fall, daß sich die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Zahlungen nicht einstellen sollten.

Andererseits erscheint uns die Enttäuschung Frankreichs über die angeblich nicht genügende Anerkennung der vorzeitigen Rheinlandräumung nicht gerechtfertigt. Die immer wieder hinausgeschobene Entscheidung hat die Wirkung und den Eindruck dieser lang erwarteten Maßnahmen, die zu dem nicht ohne Härten und Belastungen vor sich ging, sehr abgeschwächt. Diejenigen, die mehr erwarteten, sollten sich doch darüber klar sein, daß es dem Stolze und der Würde eines großen Volkes widerspricht, das Aufhören einer schweren Unbill, als welche die Besetzung friedlicher Gebiete noch zwölf Jahre nach dem Kriege angesehen wird, zum Anlaß einer besonderen Dankesbezeugung zu nehmen. Die endgültige Aufgabe dieser militärischen Sicherheitsmaßnahme hat indes keineswegs die

Diskussion über die Sicherheitsfrage

ein- für allemal aus der Welt geschafft. Immer wieder wird das Sicherheitsproblem gleichsam als Ausdruck eines anhaltenden Mißtrauens in den Vordergrund gestellt. Frankreich dürfte hierbei vielleicht verkennen, daß man angesichts eines entwaffneten Volkes, dessen Grenzen nach allen Richtungen offen sind und das von waffenstarrenden Nachbarn umgeben ist, nicht immer von neuem die Forderung nach Sicherheit dem rechtmäßigen Verlangen nach Abrüstung entgegenstellen kann, ohne nicht die Unantastbarkeit feierlich eingegangener Verträge anzuzweifeln.

Nach unserer Auffassung haben alle Staaten gleiches Recht auf Sicherheit, und wir verstehen nicht, warum hier mit zweierlei Maß gemessen werden soll.

Die letzten außenpolitischen Vereinbarungen, die zweifellos als ein wesentlicher Schritt auf dem Wege der Liquidation des Krieges angesehen werden können, werden erst dann zur vollen Auswirkung gelangen, wenn Deutschland und Frankreich in friedlicher Zusammenarbeit mit den großen Nachbarstaaten den Boden für eine aufrichtige Verständigung weiterhin pflegen und entschlossen auf dem gemeinsam beschrittenen Wege weitergehen. Eine Politik des kühlen Abwartens ist hier nicht am Platze.

Deutschland ist noch weit entfernt von der vollen Souveränität seiner Großmachtstellung. Viele Fragen, deren Lösung vertraglich vorgesehen ist, sind heute noch nicht bereinigt, ja, zum Teil noch nicht einmal ernstlich in Angriff genommen. Solange dieser unnatürliche Zustand andauert, der vor mehr als einem Jahrzehnt in Ausnutzung der durch diesen Krieg geschaffenen Machtverhältnisse festgelegt wurde, wird Deutschland mit allen ihm zu Gebote stehenden friedlichen Mitteln auf eine Änderung hinzuwirken versuchen und nach wie vor mit seinen berechtigten Ansprüchen hervortreten, deren Ausgleich, weit entfernt, Beunruhigung hervorzurufen, zur Förderung des Friedens dienen wird."

*

Das Echo in Paris.

Paris, 3. November. Die Erklärung, die Reichskanzler Dr. Brüning gegenüber einem Vertreter des „Petit Parisien" abgegeben hat, hat in der Pariser Presse lebhafte Beachtung gefunden.

Der „Temps" hält die Ausführungen Dr. Brünings für sehr viel genauer, als alle bisher von verantwortlichen deutschen Ministern gehaltenen Reden. Die Entwicklung der deutschen Politik nach der Ratifizierung der Haager Abkommen und der Räumung des Rheinlandes habe bei den Alliierten zu viel Mißtrauen erweckt, als daß man nicht jede von der Reichsregierung ausgehende Initiative beobachten müßte. Wenn Dr. Brüning die Grundlage der deutschen Außenpolitik in der ehrlichen Durchführung der internationalen Verträge und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker sehe, so müsse dem gegenübergehalten werden, daß es sich bei der jetzigen Regierung um ein Minderheitenkabinett handle, das dem starken Druck der Rechtsparteien ausgesetzt sei. Es müsse ferner die Frage aufgeworfen werden, ob die Regierung auch immer in der Lage sein werde, sich auf dem Gebiet der ehrlichen Durchführung der Verträge und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker zu bewegen. Die Reichsregierung werde sich in Zukunft an die Taktik Stresemanns halten, die Deutschland große Vorteile gebracht habe. Die Erklärung Dr. Brünings sei auf alle Fälle bemerkenswert und es sei zu wünschen, daß die Handlungen des Reichskabinetts die Ehrlichkeit dieser Erklärung bestätigten.

Das „Journal des Debats" hält die Ausführungen des Reichskanzlers für außerordentlich schwerwiegend. Seine Erklärungen seien ein Beweis dafür, daß die Regierung dieselbe Umsturzpolitik befolgen wolle, wie die unnachgiebigsten Nationalsozialisten. Der einzige Unterschied bestehe in der Form.

Stellungnahme der Unternehmer.

Die Arbeitgebervereinigung zum Erwerbslosenproblem.

Im Zusammenhang mit den verschiedenen Vorschlägen, die zur Behebung der Arbeitslosigkeit erörtert werden, hat der Vorstand der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in Form von Beschlüssen seine Stellungnahme festgelegt. In ihrer Beurteilung der Lage geht die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände davon aus, daß ohne eine allseitige Senkung der Gestehungskosten eine Wiederbelebung unserer Wirtschaft nicht erreicht werden könne. Bei

Ablehnung aller gesetzgeberischen Zwangsmaßnahmen

könne eine durchgreifende Hilfe nur durch organische Gesundung unserer Wirtschaftsgrundlagen im programmäßigen Zusammenwirken aller die Wirtschaft tragenden Kräfte erreicht werden. Aus dieser Einstellung heraus lehnt der Vorstand der Vereinigung die in verschiedener Form vorgeschlagene schematische oder generelle Verkürzung der Arbeitszeit ab, da sie eine Steigerung der Produktionskosten, aber keine Selbstkostensenkung zur Folge habe. Die Selbstkostensenkung könne bei der unmittelbaren Verbindung zwischen Arbeitszeit und Lohn nur durch Senkung des Lohnes, unter Umständen auch in Form der

Arbeitszeitverlängerung bei gleichbleibendem Lohn

erreicht werden. Eine Ausdehnung der Notstandsarbeiten wird gleichfalls als kein geeignetes Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit angesehen. Die weitere Durchführung von Notstandsarbeiten in dem jetzigen beschränkten Umfang sei allerdings nicht entbehrlich. Die gleichen Gründe, die gegen eine weitere Ausdehnung der Notstandsarbeiten sprächen, ständen auch der Durchführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht entgegen. Weiterhin werden in Übereinstimmung mit dem Reichsverband der deutschen Industrie die Subventionen, insbesondere Lohnzuschüsse an private Betriebe aus öffentlichen Mitteln, abgelehnt, da der Begriff der privatwirtschaftlichen Tätigkeit die Gewährung öffentlicher Mittel ausschließe. Im übrigen könne gesetzlicher Zwang zu keiner Besserung führen. Jeder Betrieb müsse vielmehr selbst dauernd prüfen, inwieweit er zur Milderung der Arbeitslosennot beitragen kann.

Reichshaushaltplan für 1931.

Die großen Streichungen.

Der Haushaltplan für 1931 ist dem Reichsrat durch die Reichsregierung zugeleitet worden. Er schließt mit rund 10,4 Milliarden Mark Einnahmen und Ausgaben, wozu noch der außerordentliche Haushalt von rund 237 Millionen Mark tritt. Im Haushaltgesetz ist bekanntlich vorgesehen, daß die Ueberweisungen an die Länder um 100 Millionen gekürzt werden. Garantien zur Förderung des deutschen Außenhandels sind mit 350 Millionen eingesetzt. Die für den 1. April geplante 6prozentige Kürzung der Beamtengehälter ist bereits berücksichtigt, so daß

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF